



21. April 2009

Einbruch der Rohstahlproduktion 2009 Hoffnung auf das zweite Halbjahr

Die Abwärtsbewegung auf den globalen Stahlmärkten hat sich in den ersten Monaten des laufenden Jahres weiter beschleunigt. Weltweit hat die Rohstahlproduktion im ersten Quartal 2009 um 23 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum abgenommen. In den meisten Ländern der Europäischen Union sowie in den USA, Brasilien oder Japan ist die Erzeugung sogar um 40 Prozent bis 50 Prozent gesunken.

In Deutschland ist die Rohstahlproduktion im ersten Quartal um knapp 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr eingebrochen. „Die gegenwärtigen Frühindikatoren deuten nicht darauf hin, dass mit einer Verbesserung im zweiten Quartal zu rechnen ist“, so Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident Wirtschaftsvereinigung Stahl und Vorsitzender Stahlinstitut VDEh. Die Auftrageingänge lagen im Januar und Februar mehr als 50 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der Lagerabbau bei Händlern und Verarbeitern zieht sich aufgrund der Rezession länger hin, als ursprünglich vermutet wurde. Die Kapazitäten sind bei vielen Fertigerzeugnissen nicht einmal zur Hälfte ausgelastet. Für etwa 45.000 Mitarbeiter von insgesamt 94.000 Beschäftigten der Stahlindustrie in Deutschland wurde Kurzarbeit beantragt und bewilligt. Auch in vielen Kundenbranchen wird kurzgearbeitet. Fünf von insgesamt 15 Hochöfen in Deutschland sind vorübergehend stillgesetzt. Die übrigen produzieren durchschnittlich nur etwa 60 Prozent ihrer Kapazität.

In den vergangenen Wochen haben sich die Aussichten für die Gesamtwirtschaft wie auch für die Entwicklung in wichtigen stahlverarbeitenden Branchen in Deutschland und Europa weiter eingetrübt. Dies hat auch Auswirkungen auf den Ausblick für die Rohstahlerzeugung in Deutschland. „Wir erwarten für 2009 einen Rückgang um mehr als 25 Prozent“, sagt Kerkhoff. 2008 lag die Rohstahlproduktion noch bei 45,8 Millionen Tonnen. Die Rohstahlproduktion in Deutschland dürfte somit 2009 auf das niedrige Niveau zu Beginn der 60er Jahre zurückfallen. Präzise Aussagen über die weitere Entwicklung der Mitarbeiterzahlen sind vor dem Hintergrund der noch bestehenden Unsicherheiten kaum möglich.

„In der Stahlindustrie spiegelt sich die dramatische Situation besonders einiger exportorientierter Kundenbranchen wieder“, so Kerkhoff. „Die Unsicherheit über den weiteren Konjunkturverlauf ist weiterhin groß, doch im zweiten Halbjahr wird die Gesamtwirtschaft voraussichtlich in einer Verfassung sein, die eine bessere Sicht auf die weitere Zukunft ermöglicht.“ Eine Reihe von Frühindikatoren nährt inzwischen die Hoffnung auf eine Bodenbildung im zweiten Halbjahr. Im Februar hat sich der Rückgang der Bestelltätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe etwas verlangsamt. Die Geschäftserwartungen, die das Münchner Wirtschaftsforschungsinstitut ifo ermittelt, sind im März das dritte Mal in Folge gestiegen. Inzwischen erwartet die Mehrzahl der befragten Stahlunternehmen, dass sich die zurzeit schwierige Lage in den kommenden sechs Monaten wieder verbessern wird. Nach der Sommerpause dürften dann auch die Konjunkturprogramme positive Impulse liefern. Insgesamt befinden sich aber Teile der industriellen Wertschöpfungsketten aufgrund von aktuellen Liquiditäts- und Finanzierungsproblemen noch immer in einer Schockstarre. Die hierdurch entstehenden negativen Rückwirkungen auf die Stahlnachfrage werden durch die positiven Impulse aus der Umweltprämie nicht ausgeglichen.

Die Industrie erwartet, dass in der gegenwärtigen Situation der Lösung des Liquiditätsproblems höchste Priorität eingeräumt wird. Die Kreditvergabekonditionen in wichtigen stahlverarbeitenden Branchen haben sich signifikant verschärft, wie Umfragen von Kundenverbänden belegen. Hinzu kommt, dass die Warenkreditversicherer ihre Ausfallgarantien für bestimmte Sektoren – häufig ohne Einzelfallprüfung – gekürzt oder zum Teil gänzlich zurückgezogen haben. Eine ausreichende Liquiditätsversorgung in der stahlverarbeitenden Industrie ist Grundvoraussetzung für jede wirtschaftliche Erholung, auch auf dem Stahlmarkt.

Die Ausweitung der Regelungen für Kurzarbeiter über 18 Monate hinaus könnte die weitere Entwicklung stabilisieren. Auch mit Blick auf die Zeit nach der Krise ist die Förderung von Forschung und Innovation besonders notwendig. Übermäßige Zusatzkosten, z.B. beim Einsatz von Energie und Rohstoffen durch staatliche Auflagen sowie Beschränkungen durch das Umwelt- und Genehmigungsrecht sind abzubauen oder zu vermeiden. Die europäischen Pläne zum Emissionshandel bleiben eine Belastung. Die Industrie braucht gerade jetzt Freiräume, um weiter in die Zukunft zu investieren.

Die Gemeinschaftsorganisationen im Stahl-Zentrum in Düsseldorf vertreten rund 99 Prozent der Rohstahlproduktion in Deutschland und auch viele europäische Stahlerzeuger. Zur Stahlindustrie in Deutschland gehören etwa 100 Unternehmen und rund 94.000 Mitarbeiter.

Rückfragen: Beate Brüninghaus Fon + 49(0)211 6707-115 oder 116

beate.brueninghaus@stahl-zentrum.de